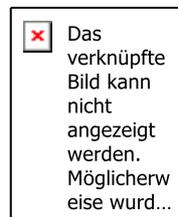


# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

## Niederschrift

über die 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung  
am 04.10.2022 im Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,  
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

### Anwesend waren:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Stefan Edler

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Robert Trebus	entschuldigt
Herr Detlev von der Heide	
Herr Dr. Gerhard Kalinka	unentschuldigt
Herr Olaf Manthey	entschuldigt
Frau Monika Nestler	
Herr Jörg Niendorf	
Herr Dr. Rüdiger Prasse	
Frau Ines Seiler	

#### Sachkundige Einwohner

Herr Frank Grüneberg	unentschuldigt
Herr Detlef Klucke	
Herr Peter Kramer	unentschuldigt
Herr Rico Oppitz	
Herr Bernd Wendlandt	unentschuldigt
Herr Klaus Wigandt	entschuldigt

#### Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin  
Herr Johannes Ferdinand, Beigeordneter, Leiter des Dezernates I und Kämmerer  
Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV  
Herr Hubert Grosenick, Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes  
Herr Ivo Marschall, Amtsleiter des Ordnungsamtes

Herr Jens Herrmann, Sachgebietsleiter Gebäude- und Liegenschaftsmanagement im Hauptamt  
Frau Birgit Hinze, Sachgebietsleiterin Verkehr im Straßenverkehrsamt, Sachgebiet Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung  
Herr Silvio Kahle, Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz/Kreisbrandmeister im Ordnungsamt  
Herr Jean Kammer, Sachgebietsleiter Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung  
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:14 Uhr

### **Tagesordnung:**

## **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.06.2022
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder  
Informationsvorlagen
- 6 Umsetzung der baulichen Maßnahmen am Feuerwehrtechnischen Zentrum des Landkreises Teltow-Fläming gemäß der "Konzeption Feuerwehrtechnisches Zentrum" 6-4864/22-III
- 7 Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming – Bericht der Unfallkommission des Landkreises
- 8 Jahresterminplan 2023

## **Nicht öffentlicher Teil**

- 9 Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 07.06.2022

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1**

#### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

**Herr Edler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

**Herr Kahle**, Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz/Kreisbrandmeister, bittet um Vorziehung des Tagesordnungspunktes 8, Umsetzung der baulichen Maßnahmen am Feuerwehrtechnischen Zentrum des Landkreises Teltow-Fläming gemäß der Konzeption Feuerwehrtechnisches Zentrum, womit sich der Ausschuss einverstanden erklärt.

## **TOP 2**

### **Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.06.2022**

Die Niederschrift ist fertiggestellt, wird jedoch erst in den nächsten Tagen im Ratsinformationssystem abrufbar sein, welches den Ausschussmitgliedern zuvor per E-Mail mitgeteilt wird. Daher kann keine Abstimmung darüber erfolgen.

## **TOP 3**

### **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend, die Fragen stellen möchten, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

## **TOP 4**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

## **TOP 5**

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Anfragen der Ausschussmitglieder sind ebenfalls nicht vorhanden.

## **Informationsvorlagen**

## **TOP 6**

### **Umsetzung der baulichen Maßnahmen am Feuerwehrtechnischen Zentrum des Landkreises Teltow-Fläming gemäß der "Konzeption Feuerwehrtechnisches Zentrum" ( 6-4864/22-III )**

**Frau Wehlan** führt in die Informationsvorlage ein und betont, dass man sich bereits im aktuellen Haushaltsjahr mit dem Thema befasst hat. Entsprechende Diskussionen und Gespräche mit der Stadt Luckenwalde sind am Laufen. Gleichzeitig betont **Frau Wehlan**, dass für das Vorhaben ein Bebauungsplan notwendig ist. Sie verweist auf die konzeptionellen und inhaltlichen Herangehensweisen, die näher von **Herrn Marschall** bzw. **Herrn Kahle** erörtert werden.

**Herr Kahle** merkt an, dass der Landkreis zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) die Pflicht hat, die Kommunen als Träger des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung durch Einrichtungen für die Feuerwehren zu unterstützen und für die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen und der Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz zu sorgen. Weiterhin hat der Landkreis die Kommunen bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von öffentlichen Notständen zu unterstützen und gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 2 BbgBKG ein Katastrophenschutzlager zu unterhalten.

Kernaufgabe ist die Kreisausbildung – mangelnde Raumkapazitäten führen seit Jahren zu einem Defizit an Ausbildungsplätzen. Es können nur zwei Lehrgänge gleichzeitig angeboten werden. Regelmäßig müssen externe Lehrgänge durchgeführt werden.

Die Stellplätze für die Fahrzeuge des Brand- und Katastrophenschutzes sind ebenfalls nicht mehr ausreichend. Zur Kompensation der begrenzten Lagerflächen und der fehlenden Stellplätze wurde bereits eine Halle in Jüterbog angemietet. Derzeit befinden sich weitere Fahrzeuge in der Beschaffung, diese müssen dann auch in Jüterbog untergestellt werden.

Die Situation der sanitären Anlagen bedingt gleichfalls dringenden Handlungsbedarf. Es gibt weder Duschen in Geschlechtertrennung noch eine Trennung zwischen hauptamtlichen Mitarbeitern und externen Lehrgangsteilnehmern. Derzeit fehlt es auch an einer Schwarz-Weiß-Trennung, welches zu einer Kontaminationsverschleppung führt. Umkleiden für Lehrgangsteilnehmer sind nicht vorhanden.

**Herr Kahle** bezieht sich auf die Konzeption, aus der hervorgeht, was in den nächsten 10 bis 15 Jahren auf dem entsprechenden Gelände noch entstehen soll. Erste Schritte sind jedoch, sich zu der vorliegenden Konzeption zu bekennen und einen Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes bei der Stadt Luckenwalde zu beantragen.

**Herr Edler** spricht die 2 Bebauungsplanverfahren an und fragt nach, ob bereits dazu ein Aufstellungsbeschluss vorliegt, welches von **Herrn Kahle** verneint wird.

**Frau Wehlan** verweist darauf, dass diese Informationsvorlage im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung steht. Der Haushalt soll im Oktober 2022 eingebracht und im Dezember 2022 im Kreistag beschlossen werden. **Die Landrätin** hebt hervor, dass Feuerwehrtechnische Zentren von den Landkreisen verwaltet werden. Es ist beabsichtigt, mit der Vorlage die notwendigen Informationen für den Standort des Feuerwehrtechnischen Zentrums zu schärfen.

**Herr Ferdinand** erörtert, dass mit dem Bau des Feuerwehrtechnischen Zentrums bald begonnen werden soll, sich der Landkreis jedoch zum momentanen Zeitpunkt vorrangig den Schulen zu widmen hat. In der 10-Jahres-Haushaltsplanung wird der Neubau erwähnt.

**Frau Seiler** fragt nach dem Zeitrahmen, in welchem mit der Fertigstellung zu rechnen sein wird.

**Herr Ferdinand** entgegnet darauf, dass die Hauptbaumaßnahmen in den Jahren 2027 und 2028 stattfinden werden.

**Frau Seiler** spricht die geschätzte Bausumme von über 13 Mio. € an und fragt nach der Möglichkeit der Beantragung von Fördergeldern.

**Herr Ferdinand** erklärt, dass er Fördergelder momentan nicht sieht. Das Projekt kommt in den Investitionsplan ohne Gegenfinanzierung, so dass der Landkreis den Bau selbst schultern und dafür Kredite aufnehmen muss.

**Frau Seiler** fragt an, wie sich die Übergangssituation hinsichtlich der Umkleidekabinen darstellt, worauf **Herr Kahle** erklärt, dass derzeit keine Umziehmöglichkeiten vorhanden sind.

## **TOP 7**

### **Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming – Bericht der Unfallkommission des Landkreises**

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Vortrag von Herrn Grosenick bzw. Frau Hinze vom Straßenverkehrsamt einverstanden.

**Herr Grosenick** führt in die Thematik ein. Er teilt mit, dass der Vertreter der Polizei kurzfristig erkrankt sei. **Frau Hinze** wird deshalb die entsprechende Präsentation der Unfallstatistik 2021 vorstellen, welche im Ratsinformationssystem einsehbar ist. Sie geht dazu auf das Unfallgeschehen im Jahr 2021 ein und betont, dass es sich hierbei um eine Zusammenstellung der Verkehrsunfälle im Vergleich zum Jahr 2020 handelt. Bei der Anzahl der Getöteten im Straßenverkehr und bei den Unfällen mit Personenschäden sowie der Anzahl der dabei insgesamt Verletzten gab es zum Vorjahr Steigerungen.

**Herr Edler** fragt bei Folie 4 nach dem Unterschied zwischen Personenschäden und Verletzten, welches von **Herrn Grosenick** und **Frau Hinze** beantwortet wird:

*Die Unfälle, bei denen Personen zu Schaden gekommen sind, werden von Unfällen mit reinem Sachschaden abgegrenzt. Bei der Angabe zu den Verletzten handelt es sich um die absolute Anzahl der betroffenen Personen. Die Differenz zwischen beiden Angaben ist ein Indikator für Unfälle, bei denen mehrere Personen verletzt wurden.*

**Frau Hinze** stellt dann die Entwicklung bei einzelnen Hauptunfallursachen vor: Geschwindigkeit, zu geringer Abstand und Vorfahrt/Vorrang sowie Aufprall auf einen Baum bzw. Wildunfälle.

Die Unfallanalyse nach den Altersgruppen „Junge Fahrer\*innen“ und der Generation „65+“ zeigt eine Zunahme des Unfallgeschehens mit Beteiligten dieser Altersgruppen gegenüber dem Jahr 2020. Ein überwiegender Teil dieser Unfälle wurde von Angehörigen der Gruppen selbst verursacht. Angesichts eines zunehmenden Radverkehrs und des Freizeitverhaltens von Motorradfahrer/n\*innen hat die Polizei entsprechende Analysen und Statistiken erstellt.

Die räumliche Verteilung des Unfallgeschehens nach Gemeindegebieten bestätigt den Zusammenhang von Bevölkerungsdichte und Verkehrsdichte mit der Konzentration des Unfallgeschehens in den Städten und im Norden des Landkreises, wo sich folglich auch die Mehrzahl der sogenannten Unfallhäufungsstellen im Landkreis befindet.

Anschließend informiert **Herr Grosenick** ebenfalls anhand einer Präsentation, welche im Ratsinformationssystem einsehbar ist, über die Arbeit der Unfallkommission des Landkreises. Insbesondere hebt er hervor, dass die Kommission weiterhin 11 unfallauffällige Straßenbereiche (*Unfallhäufungsstellen sind innerorts oder außerorts gelegene Knotenpunkte bzw. Strecken von 200 bis 500 Metern mit fünf gleichartigen Unfallumständen oder drei Unfälle mit Personenschaden oder innerhalb von drei Jahren fünf Unfälle mit Personenschäden*) bearbeitet.

Zum Stand der Erreichung der Ziele im Verkehrssicherheitsprogramm 2024 (*gegenüber dem Jahr 2012 Reduzierung der Anzahl der Getöteten um 40 % und der Schwerverletzten um 50 %*) ist festzustellen, dass angesichts der entsprechenden Zahlen des Jahres 2021 – und bisher im Jahr 2022 – die Ziele nicht erreicht werden. Die tendenziell gute Entwicklung in den Jahren 2015 bis 2019 hat sich leider nicht fortgesetzt. Große Sorgen bereitet der Anteil der „Alleinunfälle“ (65 %) und die räumliche Verteilung auf Strecken im gesamten Landkreis.

**Herr Grosenick** führt zur Tätigkeit der Unfallkommission und der Verkehrssicherheit detailliert aus. Speziell die Generation „65+“ müsse in den Blick genommen werden.

Um auch im höheren Alter sicher am Straßenverkehr teilzunehmen, fand im März ein Gedankenaustausch mit dem Kreissenorenbeirat zu Herangehensweisen bei der Aufklärung und Wissensvermittlung statt. Die Themen Fahrübungen und Sensibilisierung fanden dabei besondere Berücksichtigung. Senioren nehmen beispielsweise mit Hilfe von Fahrrädern, die eine elektrische Tretunterstützung besitzen (Pedelecs), länger selbständig am Straßenverkehr teil.

Die erreichten Arbeitsergebnisse der Kommission bei Unfallhäufungsstellen erläutert **Herr Grosenick** für den sogenannten „Hornbach-Kreisel“ an der B 101 in der Stadt Ludwigsfelde und am aktuellen Unfallgeschehen in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal auf der Gemeindestraße zwischen den Ortsteilen Ahrensdorf und Hennickendorf (Motorradunfälle). Die Kommission wurde auf der Landesstraße 73 im Abschnitt Hennickendorf und Dobbrikow tätig, weil es innerhalb von 3 Monaten in einem Abschnitt zwei schwere Verkehrsunfälle mit mehreren Getöteten gab.

**Frau Nestler** fragt zum Radweg an der Landesstraße (L) 73. Sie möchte gern den Stand der Umsetzung der dortigen Verkehrssicherheitsmaßnahmen aus Richtung Hennickendorf nach Luckenwalde erfahren. Diese Strecke sieht sie derzeit als problematisch an, da dort die Ausschilderung bzw. entsprechende Warnhinweise für die Verkehrsteilnehmer fehlen. Da es sich hierbei um eine Landesstraße mit einem Übergang, der zwischen 2 Kurven liegt, handelt, ist dort ihrer Ansicht nach dringend eine Ausschilderung erforderlich.

**Frau Hinze** nimmt die Frage von Frau Nestler zur Prüfung einer zusätzlichen Beschilderung bzw. von notwendigen Warnhinweisen gern mit.

**Herr Grosenick** verweist darauf, dass im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung des Landkreises gegenwärtig das Radverkehrskonzept erarbeitet wird und hier der Stand der Verkehrssicherheit eine wichtige Rolle spielt. Vorhandene Defizite müssen erkannt und kompensiert werden.

**Herr Edler** hat eine Nachfrage zur Bewertung der Beteiligung älterer Verkehrsteilnehmer über 65 Jahren an Unfällen und möchte gern wissen, ob die Bevölkerungsentwicklung eine Rolle spiele. Hierauf entgegnet **Herr Grosenick**, dass hinsichtlich des Unfallgeschehens die demografische Entwicklung noch nicht berücksichtigt wurde. Jeder Getötete oder Schwerverletzte im Straßenverkehr sei einer zu viel, zähle und wird nicht in eine Relation gesetzt. Er hebt hervor, dass bei alledem der „Faktor Mensch“ nicht umfänglich berücksichtigt werden kann.

**Herr Edler** regt an, bei künftigen Beurteilungen der Beteiligung auch den Anteil an der entsprechenden Altersgruppe an der Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Des Weiteren fragt er nach Lehrgängen bzw. Schulungen für Verkehrsteilnehmer\*innen, gerade auch für über 80-Jährige. **Herr Grosenick** bezieht sich auf den Meinungs austausch mit den Kreissenorenbeiräten. Darüber hinaus könne und müsse über das Thema Verkehrsteilnahme innerhalb der Familie gesprochen werden. Eine generelle Überprüfung zur altersbedingten oder gesundheitlichen Eignung und ein rechtliches Steuerungsinstrument gibt es in Deutschland nicht. Es komme vielmehr auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen an, wenn er mit einem Fahrzeug am Verkehr auf öffentlichen Straßen teilnimmt.

Für **Herrn Dr. Prasse** ist zum besseren Verständnis wichtig, dass in Bezug auf die in der Präsentation von Herrn Grosenick genannten und verglichenen Zahlen die Konsequenzen aus der Sicht der Unfallkommission benannt werden.

**Herr Grosenick** stimmt Herrn Dr. Prasse zu.

Er verweist aber auf die Aufgaben der Unfallkommission und stellt dar, dass bei allen Maßnahmen der „Faktor Mensch“ schwer einzuschätzen sei und maximal die Auswirkungen von baulichen und verkehrsrechtlichen Maßnahmen betrachtet werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann jedoch dem Ansinnen von Herrn Dr. Prasse leider nicht entsprochen werden, bereits die Kernaufgaben der Kommission seien sehr anspruchsvoll. Die Anregung von Herrn Dr. Prasse, welcher sich die Darstellung zumindest für ein paar Dinge wünscht, wie  
z. B. beim Hornbach-Kreisel, wird gern mitgenommen.

## **TOP 8** **Jahresterminplan 2023**

**Herr Edler** bittet die Ausschussmitglieder, über den Termin zur 21. Sitzung im März bzw. April 2023 abzustimmen, da hier eine Kollision mit den Osterferien besteht.

**Frau Seiler** spricht sich für einen Termin außerhalb der Ferienzeit aus.

Es erfolgt anschließend eine Abstimmung über die zur Wahl gestellten Möglichkeiten, woraufhin sich alle 6 anwesenden Ausschussmitglieder für den Termin am 28.03.2023 entscheiden.

Luckenwalde, den 18.10.2022

---

Edler  
Vorsitzender

---

Mehlis  
Schriftführerin